

Frankfurter Allgemeine Zeitung / 13.07.2022 / Seite 4

„Merz ist der Reservekanzler“

Werden in Deutschland nun wieder die Debatten der vergangenen Jahrzehnte geführt? Etwa die, ob die deutschen Kernkraftwerke doch noch über das Jahresende hinaus am Netz bleiben sollten? Nein, sagt Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag. Es gehe darum, dass von den Politikern alles unternommen werde, um einen möglichen Energiemangel im Winter zu verhindern. „Und die Regierung hat nicht alles unternommen“, sagte Frei am Dienstag bei einem Besuch der Politikredaktion der F.A.Z.

Die Verantwortung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck wäre es demnach, das Energieangebot nicht weiter zu verknapfen. Aber genau das

tue er, sagte Frei. Habeck, aber insgesamt die Grünen seien beim Thema Atomkraft noch immer ideologisch. „Die Grünen sind mehr Anti-Atomkraft-Partei als Klimaschutzpartei.“ Eventuelle Einwände der Kernkraftwerksbetreiber lässt Frei nicht gelten. Die finanziellen, juristischen und technischen Fragen einer begrenzten Laufzeitverlängerung seien lösbar. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer zeigte sich aber auch bereit, die Ampelregierung bei bestimmten Fragen im Bundestag zu unterstützen. „Wir sind bereit, da, wo es für Deutschland wichtig ist, staatstragend zu sein.“

Frei rechnet nicht mit einem vorzeitigen Bruch der Ampelregierung – trotz vieler Streitereien. Dennoch: „Wir ste-

hen parat, wenn wir an der Regierung gebraucht würden.“ Merz sei der Reservekanzler, entsprechend spreche er auch auf Augenhöhe mit dem SPD-Kanzler Olaf Scholz. Auch wenn die Union derzeit stabil in den Umfragen vorne liegt, meint Frei, dass die Union nicht mit knapp 30 Prozent zufrieden sein könne. Insgesamt gelte: „Es ist ein Marathon, bei dem nicht der Zwischenstand zählt.“

Frei traut der Koalition vor allem in haushaltspolitischen Fragen nicht. Das betrifft den Plan, 2023 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, aber auch das Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels bei den deutschen Verteidigungsausgaben. „Eine Zeitenwende zeigt sich nicht nur sicherheitspolitisch, sondern sie muss sich auch haushaltspolitisch niederschlagen.“

moja.